

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
191 · Ausgabe BE · November 2020

SP

Diese Schuldenbremsen schnüüren uns die Luft ab

IM KANTON BERN GELTEN ZWEI RESTRIKTIVE SCHULDENBREMSEN. TROTZ SOLIDER FINANZLAGE ERSCHWEREN SIE ES, NÖTIGE INVESTITIONEN ZU TÄTIGEN. ZUDEM ZEIGT DIE CORONA-KRISE WEITERE MÄNGEL AUF: DIE SCHULDENBREMSEN SIND UNFLEXIBEL UND NICHT PRAKTIKABEL IN EINER AUSNAHMESITUATION. DIE SP SETZT SICH FÜR EINE LOCKERUNG EIN.



Ursula Marti
Grossrätin, Bern

Mit der Aufnahme der Schuldenbremsen in die Kantonsverfassung in den Jahren 2002 und 2008 hat sich der Kanton Bern ein enges Korsett auferlegt:

Zum einen bei der Erfolgsrechnung: Hier sind keine Defizite mehr erlaubt. Wenn ausnahmsweise doch eines budgetiert werden muss – wie für die nächsten Jahre aufgrund der Coronakrise – muss es umgehend wieder kompensiert werden. Das ist in der aktuellen Krise schlicht nicht realistisch. Um das zu erreichen, müssten die Steuern massiv erhöht oder die Kosten über sehr einschneidende Abbauprogramme gesenkt werden.

Zum andern bei der Investitionsrechnung: Hier wird verlangt, dass der Kanton seine Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln finanziert, also ohne Beschaffung von Fremdkapital. Ein negativer Finanzierungssaldo ist innerhalb von vier Jahren zu kompensieren.

Das war schon ohne Coronakrise ein Problem und ist es nun noch viel mehr. Es stehen nämlich gleichzeitig mehrere grössere Investitionen an, darunter der Neubau oder die Renovation diverser Bildungszentren. Diese Kosten wären zu stemmen, wenn der Kanton auf bestehende Fondsgelder und Überschüsse aus den letzten Jahren zurückgreifen dürfte. Doch die restriktive Schuldenbremse verhindert das.

Antizyklische Finanzpolitik ermöglichen

Die viel zu restriktiven Schuldenbremsen sind ein Mittel der bürgerlichen Politik, um Druck auf den Staatshaushalt zu machen und Spar- und Abbaupolitik zu betreiben. Dagegen haben wir uns immer gewehrt. Unser Ziel ist ein gesunder Staatshaushalt, der in der Lage ist, seine Aufgaben zugunsten der ganzen Bevölkerung gut zu erfüllen. Natürlich wollen wir ausgeglichene Finanzen und kein ungebremstes Schuldenwachstum. Dafür braucht es aber keine Schranken, die sinnvolle Investitionen verhindern, sondern ein verantwortungsvolles Parlament, das situationgerecht entscheidet. Schulden machen kann in konjunkturell schlechten Zeiten sinnvoll sein, um die Wirtschaft ankurbeln. In guten Zeiten werden diese Ausgaben dann wieder kompensiert.

Grosser Rat für Revision

Dass Handlungsbedarf besteht, hat nun auch eine Mehrheit des Grossen Rats eingesehen und per parlamentarische Initiative eine Lockerung insbesondere der Investitionsrechnungs-Schuldenbremse befürwortet. Die Finanzkommission hat nun den Auftrag, eine Vorlage für eine Verfassungsrevision zu erarbeiten. Das ist aber noch kein Grund zu Euphorie. Die Meinungen, wie weit eine Revision gehen soll, gehen auseinander. Die SP möchte beide Schuldenbremsen lockern und einen Krisenartikel für Ausnahmesituationen verankern. Ob das gelingt, ist offen. Die Verfassungsänderung muss am Schluss vors Volk. Bereits haben die Freisinnigen Opposition gegen jegliche Lockerung angekündigt.

Derweil bahnt sich für die kommende Budgetdebatte eine paradoxe Situation an. Die Regierung präsentiert ein Defizit von 630 Millionen und will gleichzeitig die Steuern für Unternehmen und Private senken. Die Ratsrechte unterstützt das. Für uns ist das höchst unverantwortlich und abzulehnen. Da dieses Budget gegen die Schuldenbremse verstösst, braucht es eine 3/5-Mehrheit. Es ist heute ungewiss, ob die Bürgerlichen diese erreichen – wenn nicht, würden sie über ihre eigene Schuldenbremse stolpern.



Ach, liebe BLS

DIE BLS GEHÖRT ZU RUND 56 PROZENT DEM KANTON BERN. DER GROSSE RAT SOLLTE MEHR ZU DIESER BETEILIGUNG SAGEN.

Mit gewissem Stolz dürfen die Bernerinnen und Berner bei einer Fahrt mit der S-Bahn Bern in Züge «ihrer» Bahn einsteigen. Anders als in Zürich: Da betreibt die SBB die S-Bahn. Die BLS ist durch diverse Fusionen nach der Systemführerin SBB und vor der Südostbahn (SOB) zur zweitgrössten Eisenbahnunternehmung der Schweiz geworden. Unter der Ägide der SP-Verkehrsdirektorinnen Dori Schär und Barbara Egger wurde die vom Bundesrat gewünschte «Konsolidierung der Bahn-Landschaft Schweiz» vorangetrieben. Die diversen Unternehmenskulturen sind in der heutigen BLS langsam zusammengewachsen. Die BLS wurde durch ein Management fit getrimmt, ist innovativ, versucht in neue Geschäftsfelder vorzustossen und konkurrenziert immer wieder die SBB. Im Güterverkehr war sie lange mit der Deutschen Bahn verbunden, seit 2017 ist die französische Staatsbahn SNCF Logistics mit 45 Prozent an der BLS Cargo AG beteiligt.

Der neoliberale Wind weht auch im öffentlichen Verkehr immer stärker. Liberalisierungen und Wettbewerb vergiften seinen Service-public-Charakter immer mehr. Die BLS macht an vorderster Front mit, das entspricht dem Willen von Bund und Kanton. In der bundesrätlichen Stra-



Adrian Wüthrich, alt Grossrat/alt Nationalrat, Huttwil

tegie «SBB plus X» spielt die BLS mit der SOB eine wichtige Rolle. Das Ziel war, dass neben der SBB ein paar wenige weitere Bahnunternehmen fähig sind, bei Ausschreibungen von öffentlichen Bahnleistungen zu bestehen. Die Befürchtung war, dass ausländische Bahnunternehmen mit Dumpingangeboten in den Schweizer Markt eindringen. Ausschreibungen von Bahnlinien konnten bisher verhindert werden.

Kein gutes Bild abgegeben

Aber die Transformation der BLS in ein von Managern geführtes Unternehmen führte bei den Mitarbeitenden immer wieder für Stirnrunzeln. Der erbittert geführte Kampf um eine Fernverkehrskonzession musste am Schluss von Bundesrätin Simonetta Sommaruga beendet werden. Die BLS gab kein gutes Bild ab. Nach dem Postauto-Skandal besonders pikant: Seit 2004 hat die BLS der öffentlichen Hand rund 45 Millionen Franken zu viel in Rechnung gestellt. Im Oktober musste die BLS Fehler bei der Vergabe der Sanierungsarbeiten im alten Lötschbergtunnel eingestehen. Der BLS-CEO hat bereits im September, nach einem Untersuchungsbericht zu den Finanzen, seine Funktion zur Verfügung gestellt. Die Berner und Bernerinnen sind in letzter Zeit zu

Recht verunsichert wegen ihrem Bahnunternehmen.

Untersuchungen zeigen: Der BLS-Verwaltungsrat hat dem Management fast unerreichbare Gewinnziele gesetzt. Man muss wissen, dass im regionalen Personenverkehr kein Gewinn gemacht werden darf. Es ist deshalb an der Zeit, dass sich die kantonale Politik vermehrt zur BLS äussert. Auch der Grosse Rat soll seine Rolle als Eigner wahrnehmen. Über die BKW hat das Parlament eine politische Diskussion geführt, dann ein Gesetz erlassen und entschieden, dass der Kanton Bern die Mehrheit behalten soll. Wie bei der BKW ist der Kanton Bern bei der BLS ein bedeutender Mitbesitzer. Die Kantonsverfassung gibt in diesem Fall klar vor, dass Art und Umfang dieser Beteiligung in einem Gesetz geregelt werden sollen.

Als Grossrat habe ich im Juni 2018 deshalb per Motion ein BLS-Beteiligungsgesetz gefordert. Leider wollte der Grosse Rat seine Verantwortung nicht wahrnehmen und hat die Motion als Postulat angenommen und gleichzeitig abgeschrieben.

Ich bleibe dabei: Nach all den Vorgängen muss die Politik hinschauen, damit wir auf unser Service-public-Unternehmen BLS wieder stolz sein können.

Elternzeit? Bewährte Praxis!

EINE BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF, EINE FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DURCH DAS DURCHBRECHEN VON TRADITIONELLEN ROLLENBILDERN UND EINE STÄRKUNG DER BEZIEHUNG ZWISCHEN ELTERN UND KINDERN – DAS ERHOFEN SICH FORTSCHRITTLICHE BERNERINNEN UND BERNER DURCH DIE KANTONALE ELTERNZEIT. WÄHREND EINE ELTERNZEIT BEI UNS NOCH EIN TRAUM IST, IST SIE IN DEN MEISTEN LÄNDERN UM UNS HERUM BEWÄHRTE REALITÄT.



Wie gut dieses Instrument funktioniert, zeigt sich auch darin, welche Bedeutung die EU der Elternzeit beimisst. Seit 2010 gilt in der EU eine Richtlinie, die alle ihre Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, eine Elternzeit einzurichten. Dass die Elternzeit nicht nur wirtschaftliche Effekte hat, sondern Eltern vor allem auch in der Bestrebung, gleichberechtigte Beziehungsmodelle zu leben, unterstützt, zeigen Erfahrungen unserer nördlichen Nachbarn. Die Elternzeit wurde in Deutschland 2007 eingeführt und heisst dort Elterngeld. Dieses wird für maximal 14 Monate gezahlt, wobei sich die Eltern den Zeitraum frei untereinander aufteilen können. Zwei weitere Monate gibt es, wenn sich der Partner an der Betreuung der Kinder beteiligt und den Eltern mindestens zwei Monate Erwerbseinkommen wegfällt. Das Elterngeld beträgt im Normalfall 67 % des Erwerbseinkommens.

Mehr Verständnis füreinander

Die Onlinezeitung zeit.de hat mit Eltern über ihre Erfahrungen mit Elternzeit gesprochen. Die Befragten streichen dabei besonders die Vorteile heraus, welche die Elternzeit bei ihnen auf die Gleichstellung und die Rollenverteilung hatte: «Das Gute ist, wir haben jetzt mehr Verständnis füreinander», lässt

sich Fabian aus Berlin zitieren. «Meine Partnerin und ich waren zweieinhalb Monate gemeinsam zu Hause mit unserem Sohn Louie. Jetzt kennen wir die Perspektive des anderen, und ich kann die Arbeit, die Kinderbetreuung bedeutet, ganz anders würdigen. Auch in unserer Generation wird das noch zu häufig für selbstverständlich gehalten, dabei ist Mutter oder Vater sein ein echter Job.»

Weniger finanzielle Sorgen

Auch Eva aus Bremen streicht die Wirkung auf die Rollenverteilung heraus: «Jetzt teilen wir uns die Aufgaben zu Hause. Dass wir abwechslungsweise in unserem Café arbeiten, macht es natürlich leichter, sich dort und zu Hause abzuwechseln. Auch wenn wir dadurch selten gemeinsam Zeit mit unserer Tochter haben, bin ich sehr stolz auf unsere Rollenverteilung.» Das Elterngeld hätte zwar keinen Einfluss auf ihre Entscheidung gehabt, ein Kind zu bekommen. «Aber das Wissen darum nimmt einem natürlich finanzielle Sorgen und beruhigt.»

Auch genügend Kitas sind nötig

Die Erfahrungsberichte zeigen jedoch auch, dass die Elternzeit nur ein Element von fortschrittlicher Familienpolitik ist. So braucht es

ELTERN ZEIT



JETZT DIE ELTERN- ZEITINITIATIVE UNTERSTÜTZEN

Unter den momentanen Umständen ist die Unterschriftensammlung für die Elternzeitinitiative nicht einfach. Darum brauchen wir deinen Support: Sende jetzt den vorfrankierten Unterschriftenbogen an Freunde und Bekannte, per Mail oder Post, und bitte sie um ihre Unterschrift.

Du kannst die vorfrankierte Unterschriftenkarte auf www.elternzeit.be herunterladen oder über folgenden QR-Code direkt darauf zugreifen.



auch gute und vor allem genügend Betreuungsinfrastruktur. Anna und Tobias aus Darmstadt berichten: «Der Kitaplatz, der uns gesetzlich ab dem ersten Geburtstag zusteht, also ab Januar, wird natürlich erst zum neuen Schuljahr im September frei. Die Betreuung ist auf jeden Fall eine grosse Baustelle. Wenn nicht früh genug gute Kitaplätze bereit stehen, zögert das Elterngeld nur das Problem hinaus, dass ein Elternteil für längere Zeit ganz aus dem Berufsleben aussteigen muss.»



Marten Blok/lunplash.com

Betriebe unterstützen und Arbeitsplätze sichern

Die SP Kanton Bern unterstützt die Massnahmen, welche der Kanton Bern und der Bund zum Schutz vor dem Coronavirus getroffen haben. Ungenügend sind jedoch die Unterstützungsmassnahmen für betroffene Arbeitnehmende und Betriebe. Die SP fordert daher den Berner Regierungsrat in einem offenen Brief auf, dass er ergänzend zu den Bestimmungen zum Gesundheitsschutz und zu den Massnahmen des Bundes noch im November zielgerichtete Massnahmen zur Unterstützung der betroffenen Branchen beschliesst und Unternehmen stützt, die unverschuldet durch die Corona-Krise in Schieflage geraten. Zum offenen Brief:

www.spbe.ch/unterstuetzungsmassnahmen-jetzt

JETZT DIE ELTERNZEIT-INITIATIVE UNTERSCHREIBEN



Vor lauter Corona noch nicht dazu gekommen, die Elternzeitinitiative zu unterschreiben?

Dann jetzt gleich den vorfrankierten Unterschriftenbogen auf www.elternzeit.be

herunterladen und sofort einsenden. Oder direkt per QR-Code darauf zugreifen.

RICHTERINNENPOOL ERNEUERN

Die SP Kanton Bern führt einen RichterInnenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als RichterIn vorstellen können. Interessierte SP-Mitglieder, die sich mittel- oder langfristig für eine Stelle am Ober-, Verwaltungs-, Zwangsmassnahmen-, Wirtschaftsstraf-, Jugend-, Regionalgericht oder bei der regionalen Schlichtungsbehörde bewerben möchten, melden sich bei Sonja Walther, SP Kanton Bern, per E-Mail: sonja.walther@spbe.ch, Tel. 031 370 07 84.

AGENDA 2020

- Sonntag, 29. November Abstimmungen

Bereit?

Die Zeiten stehen auf Sturm, weltweit. Die Frage nach der Zukunft drängt sich gewaltsam in das Bewusstsein. Es braucht Kraft, die Hoffnungslosigkeit nicht obsiegen zu lassen. Die SP verspricht Aufbruch! Verhalten-optimistische Worte des neuen Co-Präsidiums: Wir sind wütend, aber hoffnungsvoll! Gut, die Partei in jüngeren Händen zu wissen, denn für die Zukunft benötigen wir mehr als eine gehörige Portion Hoffnung.

Hoffnung, dass wir noch eine Welt kreieren können, in der es nicht um maximale Profite, sondern um gleiche Rechte und um ein Leben in Einklang mit der Erde geht. Hoffnung, dass wir in den nächsten Jahren den Klima-Kippunkt noch abwenden können. Wenn uns dies in der demokratischen Schweiz schon so schwierig erscheint, wie ungleich mehr Kraft braucht es in den

Rote Feder

vielen korrupten Ländern, wo Menschen ohnmächtig miterleben müssen, wie ihre Umwelt auf ihrem Buckel ausgebeutet oder ihre Menschenrechte mit Füßen getreten werden, unter anderem von schweizerischen Grosskonzernen!

Die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative wird zeigen, inwiefern unsere leisen Hoffnungen nicht illusorisch sind. Hoffnung genügt nicht mehr, wir müssen handeln, in Panik verfallen, wie Greta aufgewühlt formulierte. Gewichten wir weiterhin unsere zerstörerischen Privilegien höher, oder siegt in Zukunft unser Verantwortungsbewusstsein? Die Initiative ist ein erster Test, wel-

cher Hinweise auch für den Umgang mit der Klimakrise liefert. Ist die Mehrheit endlich bereit zum Handeln?

Kornelia Hässig,
Co-Präsidentin SP Frauen,
Grossrätin, Zollikofen

